

Die Niederlande

Mendeltje van Keulen*

Die europäische Zusammenarbeit sorgte in den Niederlanden im vergangenen Jahr weiter für innenpolitische Kontroversen. Grund hierfür war weniger die breite Bevölkerung, wie Studien nahelegen, denn das Vertrauen der Niederländer in die EU sowie eine generelle EU-Mitgliedschaft war nach der Eurokrise gestiegen und blieb auch während der Covid-19-Pandemie hoch.¹ Auch die meisten politischen Parteien in den Niederlanden befürworteten eine weitere Zusammenarbeit auf EU-Ebene in internationalen Themenbereichen (Migration, Terrorismus, Klimapolitik). Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass Parteien im Laufe der Zeit immer häufiger gegen die EU oder die europäische Integration Stellung bezogen haben, was auf einen zunehmenden Euroskeptizismus hindeutet.² Die Parteipositionen grenzen sich dabei scharf voneinander ab. Auf der einen Seite werden immer mehr Parteien gewählt, die weiche oder auch harte euroskeptische Positionen vertreten, von der Ablehnung der EU-Flagge im Plenarsaal des Parlaments bis hin zur Befürwortung eines „Nexit“. So haben die rechtsextreme PVV von Geert Wilders und das Forum für Demokratie von Thierry Baudet bei den Parlamentswahlen im März 2021 Sitze hinzugewonnen. Einige der kleineren Fraktionen, wie die Sozialistische Partei und eine neue Bauernbewegung, könnten ebenfalls als euroskeptisch eingestuft werden.

Auf der anderen Seite des Spektrums gingen aus den Wahlen 2021 die europafreundlichen sozialliberalen Parteien D66 und Volt als Gewinner hervor. Die paneuropäische Bewegung Volt erhielt dabei 3 von 150 Sitzen des Abgeordnetenhauses. Die Koalitionsregierung unter Mark Rutte, die im Januar zurücktrat, wirkte konstruktiv an vielen Sachfragen auf EU-Ebene mit. Man wird sich in EU-Kreisen aber auch an ihren Widerstand gegen Eurobonds und die finanzielle Unterstützung hart von der Covid-19-Krise betroffener Mitgliedstaaten erinnern. Die Parlamentsdebatte zur Lage der EU im Juni 2021 wurde in den Medien wiederum als bemerkenswert euro-pragmatisch, wenn nicht gar pro-europäisch beschrieben. Es ist also unwahrscheinlich, dass die nationale Debatte darüber, welchen Platz die Niederlande in der EU einnehmen, ein baldiges Ende finden wird.

Nationale Politik

Am 15. Januar 2021 reichte das Kabinett Rutte-III seinen Rücktritt ein. Nachforschungen der Medien und parlamentarische Untersuchungsausschüsse hatten aufgedeckt, wie nationale Steuerbehörden zwischen 2013 und 2019 schätzungsweise 26 000 niederländische Eltern zu Unrecht beschuldigten, bei der Beantragung von Leistungen für Kinderbetreuung betrogen zu haben. Vor dem Hintergrund eines sehr komplexen Systems von Steuererleichterungen wurde die Rückzahlung aller erhaltenen Leistungen von den Eltern verlangt. Das Widerspruchsrecht gegen die Verwaltungsbescheide, die sich schließlich als

* Übersetzt aus dem Englischen von Thomas Traguth.

1 Sociaal en Cultureel Planbureau: Citizens Perspective (Burgerperspectieven), abrufbar unter: <https://www.scp.nl/publicaties/publicaties/2020/03/31/cob-2020> (letzter Zugriff 17.8.2021).

2 Tibor Hargitai: Redefining Euroscepticism – Has the Netherlands become more Eurosceptic since 2002?, in: *Köz-Gazdaság – Review of Economic Theory and Policy* 3/2019, S. 99–110.

ungerechtfertigt herausstellten, war ihnen verweigert worden. Auch die Praxis des „Racial Profiling“ wurde nachgewiesen, da Familien mit Migrationshintergrund in einem internen Register der Regierung entsprechend gekennzeichnet worden waren. Nach einer Parlamentsdebatte über den Bericht „Beispiellose Ungerechtigkeit“, der zu dem Schluss kam, dass Minister, Abgeordnete, Beamte und Richter für dieses Desaster mitverantwortlich waren, wurde die Rutte-III-Koalition schließlich aufgelöst.

Das Kabinett trat nach der intensiven parlamentarischen Debatte zwar zurück, blieb aber geschäftsführend im Amt. Es erschien, als hätte das Kabinett politische Verantwortung übernommen, aber kaum Konsequenzen gezogen. Kurz nach den Wahlen erschütterte ein weiterer Skandal das Land und damit das Vertrauen in die nationale Politik. Während der Koalitionsverhandlungen wurde auf dem „Binnenhof“ in Den Haag versehentlich ein informelles Non-Paper abfotografiert, das in einer Formulierung nahelegte, die künftige Koalition suche „einen anderen Posten“ für den Mann, der den Kindergeldskandal aufgedeckt hatte. Die bloße Andeutung, man würde einen beliebten und gerade wiedergewählten Abgeordneten aus Den Haag vertreiben, sorgte für große politische Aufruhr. Mark Rutte überstand am 1. April nur knapp eine hitzige Parlamentsdebatte und der betreffende Abgeordnete verließ seine Partei (CDA). Das niederländische Parlament hat heute 21 Fraktionen und ist damit das am stärksten zersplitterte nationale Parlament der Welt. Da Ruttés liberale VVD jedoch wieder als klare Gewinnerin aus den Parlamentswahlen hervorging, erhielten VVD und D66 den Auftrag zur Koalitionsbildung.

Die Covid-19-Pandemie

Die Niederlande waren im März 2020 stark von der Pandemie betroffen, aber die Regierung verhängte vergleichsweise wenige Maßnahmen, um Herdenimmunität zu erreichen. Rutte kündigte einen sogenannten „intelligenten Lockdown“ an. Diese Vorgehensweise der Regierung ist exemplarisch für ihr Verständnis von liberalen Grundsätzen, wonach Bürger für ihr Handeln selbst verantwortlich sind. Dies schien im Frühsommer noch zu funktionieren, als das Land kurz vor den Sommerferien schrittweise wieder geöffnet wurde. Im Herbst kam es jedoch zu einer dritten Infektionswelle, auf die mit strengen Schul- und Geschäftsschließungen reagiert wurde, die das öffentliche Leben zum Erliegen brachten. Die Arbeit im Home Office wurde zur Regel, was durch den relativ hohen Digitalisierungsgrad erleichtert wurde. Die Regierung verteilte darüber hinaus riesige Summen von Fördermitteln an kleine und mittlere Unternehmen. Ein Tiefpunkt der Regierung kam mit der Erkenntnis, dass die Niederländer wegen organisatorischer Probleme als letzter Mitgliedstaat mit den Impfungen begannen, was zu Spott und neidischen Blicken auf die deutschen Nachbarn führte, die zügig Impfzentren errichtet hatten.

Mitte April 2021 verzeichneten die Niederlande einen Höhepunkt an gemeldeten Neuinfektionen, woraufhin die Impfkampagne an Fahrt aufnahm. Gegen Ende Juni hatte das Land schließlich eine der schnellsten Zuwächse bei der Impfrate. Die Impfbereitschaft der niederländischen Bevölkerung lag ab Juni bei 87 Prozent.³ Die Wiedereröffnung des Landes wurde im Zuge des hybriden Eurovision Song Contest in Rotterdam gefeiert, der zuvor von Mai 2020 um ein Jahr verschoben worden war. Doch im Juli musste die freudige Hoffnung auf einen Sommer des „Tanzens mit Janssen“ (bezugnehmend auf den Impfstoff) zurückgenommen werden. Ein massenhafter Ausbruch unter Studierenden und

3 Rijksoverheid: Coronadashboard, COVID-19-vaccinaties, abrufbar unter: <https://coronadashboard.rijksoverheid.nl/landelijk/vaccinaties> (letzter Zugriff: 22.7.2021).

Schulkindern führte dazu, dass die Niederlande wieder auf der roten Liste des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) landeten und somit den Sommerurlaub vieler niederländischer Bürger infrage stellte.

Die Entwicklung und die Folgen des Aufbauplans NextGenerationEU (NGEU)

Die Niederlande sind zwar ein kleines Land, stellten aber 2019 mit einem Anteil von 5,8 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Union die fünftgrößte Volkswirtschaft in der EU. Sie sind seit jeher einer der größten Nettozahler der EU, da sie nur wenige Agrar- und Kohäsionssubventionen erhalten. Das „Problem“ hoher finanzieller Beiträge zum EU-Haushalt und mangelnder Rückflüsse ist seit den 1990er Jahren ein nationales Streitthema. Die in aller Öffentlichkeit ausgetragene Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 und NGEU muss vor diesem Hintergrund gesehen werden. In der ersten Infektionswelle sah sich das niederländische Kabinett dem EU-weiten Druck zur Solidarität mit Mitgliedstaaten ausgesetzt, die am stärksten unter der Pandemie litten, insbesondere in Südeuropa, wo Krankenhäuser und Friedhöfe ganzer Regionen überfüllt waren. Zunächst standen die Niederländer NGEU ausgesprochen zögerlich gegenüber, insbesondere deshalb, weil es durch Anleihen der EU finanzierte nicht rückzahlbare Finanzhilfen (sowie Darlehen) beinhaltet. Den Haag, zusammen mit den Partnern der sogenannten „sparsamen Vier“ – Österreich, Schweden und Dänemark – behauptete, es ginge dabei nur um die sinnvolle Verwendung von öffentlichen Geldern. Andere EU-Staaten warfen den Niederländern vor, geizig, unsensibel und arrogant aufzutreten.⁴ Eine weit aus ernsthaftere Kritik richtete sich gegen die niederländische Fiskalpolitik als globale Steueroase und beträchtliche Handelsüberschüsse.

Der niederländische Verhandlungsspielraum in Brüssel war durch parlamentarische Beschlüsse eingeschränkt. Man setzte sich schließlich für die Beibehaltung des nationalen jährlichen „Rabatts“ im MFR ein, während die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) im Juli 2020 durch den Europäischen Rat beschlossen werden konnte. Rutte drängte dabei mit Erfolg auf die Konditionalität (Verknüpfung der Mittel mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit und der Erfüllung von gewissen Verpflichtungen im Bereich Migration). Vor allem aber die Beibehaltung des nationalen Rabatts erlaubte es ihm, im nationalen Parlament einen Sieg zu verkünden.⁵ Vor dem Hintergrund der politischen Zerwürfnisse innerhalb der EU erklärte die niederländische Regierung im Zuge der Parlamentswahlen im März 2021, den ihr zustehenden Anteil der ARF (6 Mrd. Euro) nicht abzurufen.

Die Folgen des Brexit

Im Hinblick auf den EU-Binnenmarkt brachte die Ankündigung des Brexit kurzfristige wirtschaftliche Vorteile, da britische Bürger und Unternehmen in den Niederlanden Zuflucht fanden. Dazu gehörte die Europäische Arzneimittelagentur, die ihren Sitz und 900 Mitarbeiter nach Amsterdam verlagerte. Mittel- und langfristig bedeutet der Brexit jedoch den Verlust eines wichtigen Partners, sowohl in kultureller Hinsicht als auch in den Politikbereichen Handel, Binnenmarkt, Digitalisierung, Wirtschaftspolitik sowie Fragen der Good Governance. In einer jahrhundertalten Tradition transatlantischer Beziehungen haben sich die Niederländer immer nach Westen orientiert und hegen daher eine gewisse

4 Jarl van der Ploeg: Interview Enrico Letta. Voormalig premier Italië: ‘Deze crisis kan dodelijk zijn voor toekomst Europese Unie’, in: De Volkskrant, 30.3.2020.

5 Diederik Baazil: Dutch Leader says Budget Perks Needed for EU-wide Stimulus Deal, in: Bloomberg, 3.7.2020.

Abneigung gegen integrationspolitische Vorstöße des deutsch-französischen Tandems, wie NGEU im Mai 2020. Den Haag hat auch bilaterale Beziehungen zu neuen Koalitionspartnern aktiv gestärkt. Ein konkretes Beispiel war das Non-Paper zur strategischen Autonomie, das im März 2021 zusammen mit der spanischen Regierung vorgelegt wurde.⁶

Die deutsche Ratspräsidentschaft

Über die engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Deutschland hinaus bestand ein gutes persönliches Verhältnis zwischen Rutte und Bundeskanzlerin Angela Merkel. Einige Äußerungen Merkels zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft konnten jedoch als Kritik an der niederländischen Entscheidung zugunsten des Lagers der „sparsamen Vier“ gedeutet werden, als sie betonte, dass die europäische Solidarität wichtiger sei.⁷ Dies führte auch zu Kritik im eigenen Land. So wurde kommentiert, dass Angela Merkel ihre Verantwortung ernst nehme – warum könne dies nicht auch ein vorbildhaftes Beispiel für die niederländische Regierung sein?⁸ Man könnte argumentieren, dass es für das kleine Land klug wäre, im Einklang mit seinem großen Nachbarn zu handeln, mit dem man wirtschaftlich eng verbunden ist und der gerade die Ratspräsidentschaft innehat.

Die Konferenz über die Zukunft Europas

Die Niederlande sind für ihre pragmatische Herangehensweise an die europäische Zusammenarbeit bekannt und scheuen vor großen Visionen zurück. Daher könnte die Kluft zur europäischen Vision von Emmanuel Macron, dem kommenden Ratspräsidenten 2022, nicht größer sein. Es ist wenig überraschend, dass die Idee der Konferenz über die Zukunft Europas in Den Haag nicht mit Begeisterung aufgenommen wurde. Die Sprecher für europäische Angelegenheiten im niederländischen Parlament äußerten Befürchtungen, dass die Initiative zu endlosen Debatten führen würde uns den Wunsch nach einer Vertragsänderung heraufbeschwören könnte. Die Regierung hat schließlich eine Reihe von Initiativen zur Konferenz ergriffen. Für die Organisation landesweiter Bürgerbefragungen wurde ein Beratungsunternehmen beauftragt und die Bürger sind dazu aufgerufen, eigene Aktivitäten, Debatten und Konsultationen abzuhalten, für die eine Website eingerichtet werden soll. Das Parlament hat drei Berichterstatter ernannt, die die Debatten auf EU-Ebene verfolgen. Ebenso wurde in Stellungnahmen einer parlamentarischen Debatte die Einbeziehung der Regionen gefordert, und ein Mitglied des niederländischen Jugendrates fungiert als Repräsentant bei den Bürgerdialogen auf EU-Ebene.⁹

Weiterführende Literatur

Vivien A. Schmidt: Theorizing institutional change and governance in European responses to the Covid-19 pandemic, in: *Journal of European Integration* 42/2020, S. 1177–1193.

Mathieu Segers: The Netherlands and European Integration, in: *Oxford Research Encyclopedia of Politics*, 2019.

6 Rijksoverheid: Spain-Netherlands non-paper on strategic autonomy while preserving an open economy, 25.3.2021

7 Marja Verburg: EU President Germany wants a stronger EU in response to Corona Crisis, in: *De Hofvijver*, 26.6.2020.

8 Hanco Jürgens: Nederland moet met Duitsland meewerken voor invloed in de EU, in: *NRC.nl*, 26.6.2020.

9 Tweede Kammer – Der Staten-Generaal: Tweeminutendebat Conferentie over de Toekomst van Europa, 12.6.2021, CD d.d. 12/05.